

Legalisierung von Cannabis

Für und Wider der Pläne der Bundesregierung

Für die einen ist es Freiheit, Schmerzlinderung oder einfach Genuss, andere haben berechnete Zweifel: Der Konsum von Cannabis, der Hanfpflanze, birgt Chancen und Risiken für die Gesellschaft und eine Legalisierung wirft ungeklärte Fragen auf.

„Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein.“ So steht es im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung, doch viel bleibt in diesem kleinen Passus zur Neuerung der Drogenpolitik klärungsbedürftig. Kontrollierte Abgabe? Wo ist es erhältlich? Immerhin in der Begründung scheint man sich bei SPD, Grünen und FDP einig zu sein: bessere Qualitätskontrolle und mehr Jugendschutz. Die Folgen für die Gesellschaft will man nach vier Jahren evaluieren. Ein solches Gesetz existiert bislang aber nicht.

Schon länger neigt die Pflanze mit ihrem Wirkstoff THC dazu, von Subkulturen aus weitere Kreise zu ziehen. Besonders bei jungen Menschen ist das der Fall, wie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung feststellt. Demnach stieg der Teil der befragten 18- bis 25-Jährigen, die bereits einmal Cannabis konsumiert haben, im Jahr 2019 auf 40,1 Prozent (2016: 33,8 Prozent). Wie der Trend zum Cannabiskonsum steigt, sinkt er übrigens für Nikotin und Alkohol im gleichen Zeitraum. Und: Der Hang zum Extrem beim Anbau von Cannabis nimmt zu, Stichwort: Hochleistungspflanzen. Die Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht stellt fest, dass in Pflanzen, aus denen Hasch verarbeitet wird, der Wirkstoff THC gestiegen ist.

Medizinische Perspektive

Die Ärztesvereinigung Regiomed erklärt Cannabislegalisierung zur „harten Nuss.“ Eine einheitliche Position unter den Mitgliedern gibt es nicht. Weil die Verbandsform das ausschließt, aber auch, weil die Frage noch nicht breit diskutiert wurde, heißt es auf entsprechende Anfrage. Mehreres hinderte umfassende Beratungen; auch der Fakt, dass



Die Bundesregierung will den Konsum von Cannabis legalisieren. Es soll eine kontrollierte Abgabe erfolgen.

Foto: Gettyimages-1221630813

die Bundesregierung noch keine konkreten Eckpunkte vorgegeben hat.

Zuletzt erließ 2017 die damalige Bundesregierung ein Gesetz, das die medizinische Applikation von Cannabis erweiterte. Einhergehend wurde die „Cannabisagentur“ ins Leben gerufen, die seither den Anbau desselben steuert und kontrolliert. Ärzt*innen, die dieses Cannabis auf Rezept verordnen, verpflichteten sich, an einer Begleiterehebung teilzunehmen, die Anwendung und Wirkung an verschiedenen Patienten statistisch erfasst. Bislang sind 10.010 Fälle verzeichnet worden, das Gros sind Schmerzpatienten. Gut 35 Prozent brachen jedoch die dauerhafte Behandlung innerhalb eines Jahres ab; der häufigste Grund war, dass keine Schmerzlinderung eintrat, gefolgt von Nebenwirkungen und Behandlungsenden wegen Tod.

Bei Mitgliedern der Ärztesvereinigung Regiomed ist man vorsichtig. Schmerztherapeuten seien „sehr zurückhaltend und streng“. Eine weitere Gefahr könnte sein, dass die gegenwärtigen Bedingungen eine Grauzone öffneten, die „schnell weitere Interessenten anzieht“. Nicht zuletzt seien die Erfahrungen, die andere Länder bei der Legalisierung gemacht hätten, unterschiedlich.

Ein Gesellschaftsproblem

Die Suchtberatung Weinheim spricht sich nicht gegen die

Legalisierung von Cannabis aus – unter der Voraussetzung, dass Jugendschutz, Prävention und ein verantwortungsbewusster Umgang gestärkt werden. Leiter Paul Jöst findet klare Worte: Der Gesetzgeber müsse Regeln aufstellen. Die Suchtberatung steht in Gesprächen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg, um Eckpunkte zu erörtern. In der Diskussion steht eine Forderung, die zum Beispiel das Verbot der Abgabe an Personen unter 21 Jahren, lizenzierten und kontrollierten Verkauf, Einschränkungen der Werbung und – mitunter als wichtigster Punkt – eine Stärkung des Präventions- und Beratungsangebots vorsieht.

Wie kompliziert die Frage nach gesellschaftlichen Auswirkungen ist, zeigt sich in einer anderen Frage: Wieso nehmen Jugendliche überhaupt Drogen? Neugier, Normverstöße und Abgrenzung von Eltern und anderen Autoritäten sind natürlicher Vorgang in der Entwicklung. Kurz: Eine Suche nach Identität, in der Bewertung zunächst neutral. Dann gibt es aber Größen – Druck aus der Gesellschaft, Lebensumstände –, in denen Drogen als ungesunder Ersatz für Tat und Beziehung stehen.

Kontrolle als Chance

Die Suchtberatung betreut derzeit 56 Fälle, die „Erstauffälligkeiten“ mit Cannabis zeigen,

wie es amtssprachlich heißt. Nora Dreikhausen, Mitarbeiterin in der Suchtberatung, klärt auf: Damit sind unter anderem Jugendliche gemeint, die bei Polizeikontrollen geringe Mengen (bis drei Gramm) Cannabis mit sich führen. „Als ‚Strafe‘ kommen sie dann zu uns“, erklärt sie. Weg jedoch von Strafmaßnahmen betrachtet die Suchtberatung die pädagogische Sicht. Die heißt, die Gespräche nutzen, um in Kontakt zu kommen mit den jungen Menschen und Motive zu ergründen. Die Auffassung, Cannabis sei ein Übel, das einen Einstieg in harte Drogen darstellt, teilt man in der Suchtberatung weniger. Vielmehr ist es der schmale Grat von identitätsstiftendem Gebrauch zu Missbrauch, der Sorge bereitet.

Versäumnisse nachholen

Zu Recht lässt sich fragen, wieso Alkohol und Nikotin legal sind, Cannabis aber nicht. Das ist eine Änderung in der Gesellschaft, der sich auch die Suchtberatung stellt. So sieht Vorsitzender Martin Wetzel auch eine Chance, die mit der Legalisierung einhergeht. Was an kontrollierter Gebrauch von Nikotin und Alkohol versäumt wurde, müsse nun mit der Cannabislegalisierung nachgeholt werden. Etwa damit, dass man mit Steuern aus Anbau und Verkauf einen wirkungsvolleren Präventions- und Beratungsapparat finanzieren kann. (jb)